

Rückkehr zur strategischen Ambiguität

Die Beziehungen der USA zu Taiwan unter Trump 2.0

TSMC CEO C. C. Wei & Donald Trump, Foto: © ABACA Press, Imago.



Auf einen Blick

In der zweiten Amtszeit Donald Trumps erlebt das Verhältnis zwischen den USA und Taiwan eine Rückkehr zur strategischen Ambiguität. Während Trumps erste Amtszeit durch vertiefte sicherheitspolitische und wirtschaftliche Kooperation geprägt war, betont seine aktuelle Politik stärker Eigenverantwortung und Kostenteilung. Taiwan wird zunehmend aufgefordert, seine Verteidigungsausgaben zu erhöhen, um Washingtons Unterstützung zu sichern.

Diese Forderungen treffen auf ein innenpolitisch polarisiertes Taiwan. Spannungen zwischen der Demokratischen Fortschrittspartei und der oppositionellen Kuomintang erschweren eine verlässliche Verteidigungsplanung. Verzögerte US-Rüstungslieferungen verstärken Zweifel an der Verlässlichkeit Washingtons.

Zugleich entstehen neue wirtschaftliche Abhängigkeiten. Trumps protektionistische Handelspolitik und die Verlagerung von Halbleiter- und Energieinvestitionen in die USA erhöhen Taiwans Verwundbarkeit. Auch in der Ernährungssicherheit wächst die Abhängigkeit von US-amerikanischen Importen.

Zur Stärkung seiner Resilienz sollte Taiwan seine außenwirtschaftlichen Beziehungen diversifizieren. Eine engere Kooperation mit Europa in Verteidigungstechnologie, erneuerbaren Energien und Kapazitätsaufbau könnte helfen, strukturelle Abhängigkeiten zu verringern und langfristige Stabilität zu sichern.



Marcin Jerzewski ist Leiter des Taiwan-Büros des European Values Centre for Security Policy.

Taiwan – eine selbstverwaltete, demokratische Inselrepublik, die von der Kommunistischen Partei Chinas als ihr eigenes Territorium beansprucht wird, obwohl sie dort niemals die Kontrolle ausgeübt hat – unterhält seit Langem enge und vielschichtige Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und ist in Fragen internationaler Anerkennung, Rüstungsbeschaffung und diplomatischer Unterstützung in hohem Maße auf Washington angewiesen. Als seltenes Beispiel parteiübergreifender Einigkeit genießen die Beziehungen zwischen den USA und Taiwan starke Unterstützung sowohl von Republikanern als auch von Demokraten, wie die enge Zusammenarbeit unter der ersten Trump-Administration und die beispiellose Ausweitung des militärischen und sicherheitspolitischen Austauschs unter der Biden-Administration zeigen. Dennoch wirft Trumps Ansatz der Zwangsdiplomatie während seiner zweiten Amtszeit Fragen hinsichtlich der Nachhaltigkeit der Beziehungen zwischen den USA und Taiwan auf. Inwieweit wird Washington, das „zwischen Isolationismus und imperialer Überdehnung schwankt“¹, seine Abschreckungsbemühungen zur Wahrung des prekären Friedens um Taiwan fortsetzen?

Donald Trumps Haltung gegenüber Taiwan scheint sich zwischen seiner ersten und zweiten Präsidentschaft gewandelt zu haben. In seiner ersten Amtszeit stärkte Trump die institutionelle Kontinuität und öffentliche Präsenz der US-Taiwan-Politik. Washington vereinfachte und normalisierte den Waffenverkaufsprozess, genehmigte Rüstungspakete in Rekordhöhe von insgesamt rund 18,3 Milliarden US-Dollar² und ergänzte diese durch intensiviertere Kontakte auf Führungsebene sowie neue Kooperationsfelder in Bereichen wie Cyberabwehr und Energie. Darüber hinaus machte die US-Marine ihre Durchfahrten durch die Taiwanstraße öffentlich

und etablierte sie als Routinepraxis, während der seit 2020 jährlich stattfindende Economic Prosperity Partnership Dialogue³ einen zusätzlichen Kanal für die wirtschaftliche und technologische Koordinierung schuf.⁴

In Trumps zweiter Amtszeit haben jedoch die Stimmen der Vertreter einer restriktiven Interventionspolitik innerhalb der Administration weiter an Einfluss gewonnen.⁵ Die sich abzeichnende neue Herangehensweise der US-Politik räumt Taiwans eigener Verteidigungsbereitschaft Vorrang vor Verpflichtungen zu einer offenen militärischen Intervention der USA im Falle einer Auseinandersetzung ein und argumentiert, dass die Risiken einer direkten Konfrontation zwischen Großmächten die potenziellen Vorteile überwiegen würden. Diese Neuausrichtung wurde von schärferer Rhetorik in Bezug auf die Lastenteilung unter Verbündeten begleitet – wobei Trump Taiwan als Trittbrettfahrer bezeichnete, der die USA „nicht anders als eine Versicherungsgesellschaft“⁶ behandle. Was Taipeh zu öffentlichen Beteuerungen veranlasste, man erwarte weder eine Rettung noch wolle man sich der Verantwortung entziehen.⁷ Jüngste Berichte, wonach Trump einen Teil der US-Militärhilfe für Taiwan ausgesetzt habe, um den Weg für ein mögliches Handelsabkommen mit China zu ebnen, unterstreichen einmal mehr die transaktionale Haltung seiner Administration⁸ – auch wenn die Waffenverkäufe an Taipeh weiterhin florieren dürften. Während Bidens Erklärungen zu Sicherheitsgarantien den Diskurs über Taiwan zweifellos in Richtung strategischer Klarheit verschoben haben, markiert die zweite Amtszeit Trumps eine Rückkehr zur strategischen Ambiguität.

Infolgedessen befindet sich Taiwan in einer vielschichtigen Krise, die seine Widerstandsfähig-

keit, Abschreckungsfähigkeit und internationale Legitimität auf die Probe stellt. Innenpolitisch hat die Unfähigkeit der beiden großen Parteien, effektive Beziehungen zwischen Legislative und Exekutive aufzubauen, die politische Polarisierung verschärft und Taipehs Fähigkeit beeinträchtigt, angemessene Haushaltserhöhungen für Verteidigungsausgaben zu bewilligen. Diese innenpolitischen Spannungen wurden besonders während des Great Recall Movements im Jahr 2025 sichtbar. Ziel der Kampagne war es, Abgeordnete der oppositionellen Kuomintang (KMT) ihres Amtes zu entheben. Ihnen wurde vorgeworfen, eine zu große Nähe zu China zu pflegen und dadurch die demokratische Ordnung Taiwans zu untergraben. Im Kontext der Beziehungen über die Taiwanstraße hinweg eskaliert China weiterhin seine aggressive Haltung gegenüber Taiwan durch verschiedene, in einer Grauzone und unterhalb der Kriegsschwelle liegende Taktiken, darunter die Militarisierung der Küstenwache, Einsätze in Taiwans Luftverteidigungsidentifikationszone (Air Defence Identification Zone, ADIZ) sowie Eingriffe in die kritische maritime Infrastruktur der Inselrepublik.

Taipeh ist stark auf US-amerikanische Waffenverkäufe angewiesen, um seine Verteidigungsfähigkeiten zu verbessern.

Nicht zuletzt muss Taiwan in einem zunehmend globalisierten System, das eher von materieller Macht und Eigeninteressen als von normativen Prinzipien oder moralischen Maßstäben definiert ist, seine Strategie der informellen diplomatischen Beziehungen überdenken, die auf dem Konzept der „Gleichgesinntheit“ und dem Streben nach gemeinsamen Werten beruht. Die Unsicherheit in Taipehs Beziehungen zu Washington unter Trump 2.0 könnte die Tragweite dieser miteinander verknüpften Aspekte noch weiter verschärfen.

Druck auf Taiwans Verteidigungsausgaben – Lastenverteilung im „NATO-Stil“

Unter Trumps erneuter Führung haben US-Beamte Taiwan offen dafür kritisiert, dass das Land nicht ausreichend in seine eigene Verteidigung investiere. Im März 2025 rügte Trumps Kandidat für einen Spitzenposten im Pentagon, Elbridge Colby – heute Staatssekretär für Kriegspolitik –, Taipeh dafür, dass es „deutlich weniger als drei Prozent seines BIP“ für Verteidigung ausgibt, und forderte in beispielloser Weise eine Vervierfachung der Ausgaben.⁹ Wichtig ist, dass diese Forderung nicht nur einen konzeptionellen Wandel in der Lastenteilung darstellt, sondern auch die kommerziellen Interessen der USA widerspiegelt, da Taipeh aufgrund diplomatischer Einschränkungen gegenüber anderen Anbietern fast ausschließlich auf US-amerikanische Waffenverkäufe angewiesen ist, um seine Verteidigungsfähigkeiten zu verbessern.

Angesichts der Brisanz von Trumps Forderungen nach höheren Verteidigungsausgaben hat Taipeh mit der Zusage von Haushaltsaufstockungen reagiert. Präsident Lai Ching-te verkündete das Ziel, die Verteidigungsausgaben im Jahr 2025 auf mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu steigern. Die Regierung plant nun, diesen Anteil bis 2026 auf 3,32 Prozent zu erhöhen – erstmals seit mehr als einem Jahrzehnt würde damit die Drei-Prozent-Marke überschritten. Langfristig ist eine sukzessive Anhebung auf bis zu fünf Prozent des BIP bis zum Jahr 2030 vorgesehen.¹⁰ Doch selbst jene aufgestockten Ausgaben bleiben hinter den Erwartungen Washingtons. Die zurückhaltende Ausgabenpolitik Taiwans hat unter US-amerikanischen Entscheidungsträgern Besorgnis ausgelöst. Sie betonen, dass es nicht sein könne, dass das Maß an Dringlichkeit, das die USA in Verteidigungsfragen Taiwans an den Tag legen, jenes der Inselrepublik übersteigt. Tatsächlich erklärte Colby vor dem Kongress, er sei „zutiefst beunruhigt“ über Anzeichen, dass Taiwan seine Verteidigungsausgaben kürzen könnte,¹¹ während ein ehemaliger Berater Trumps unverblümt erklärte, wenn Taiwan nicht bereit sei, die Last seiner eigenen Sicherheit zu tragen, riskiere es, in Washington

eher als „Belastung statt als Gewinn“ angesehen zu werden.¹² Diese Dynamik – dass US-Sicherheitsgarantien an Taiwans eigenes Engagement gebunden werden – markiert einen bedeutsamen Wandel.

Innenpolitik und Verteidigungshaushalt

Innenpolitische Faktoren erschweren zudem Taipehs Kalkül in Bezug auf seinen derzeitigen Umgang mit Washington. Im Jahr 2024, dem globalen „Superwahljahr“, gingen sowohl die Bürger Taiwans als auch der Vereinigten Staaten an die Urnen. In der asiatischen Demokratie erzielte die Demokratische Fortschrittspartei (DPP) einen beispiellosen dritten aufeinanderfolgenden Wahlsieg bei den Präsidentschaftswahlen. Gleichzeitig verlor die Partei jedoch ihre Mehrheit im Legislativ-Yuan (Parlament), was eine – bislang nur wenig erfolgreiche – Zusammenarbeit zwischen der von der DPP geführten Exekutive und einer informellen Koalition aus KMT und

Taiwanesischer Volkspartei (TPP) erforderlich machte.

Einer der zentralen Streitpunkte zwischen den beiden Parteien war der Staatshaushalt: Die von der KMT kontrollierte Legislative verabschiedete den Haushalt für 2025 mit beispiellosen Kürzungen oder dem Verzicht auf Mehrausgaben in fast allen Politikbereichen. Auch die Verteidigungsprioritäten der DPP – heimische U-Boote und Zivilschutzprogramme – gerieten dabei deutlich ins Visier. Führende Vertreter der KMT äußerten offen Zweifel an der Umsetzbarkeit des U-Boot-Programms und rechtfertigten das Einfrieren der Mittel damit, dass diese Maßnahme sicherstellen solle, dass erst nach erfolgreichen Seeabnahmetests weitere Gelder freigegeben würden.

Die Abgeordneten der KMT stellten auch die Nachhaltigkeit einer Erhöhung des Verteidigungshaushalts auf Kosten anderer Politikbereiche infrage, die ebenfalls für die gesamtstaatliche



Umstrittene Prioritätensetzung: Trotz der Einigung zwischen den USA und Taiwan auf eine asymmetrische Verteidigungsstrategie setzt Taipeh teils weiterhin auf traditionelle, kostspielige Systeme – wie etwa auf F-16-Kampfflugzeuge, die 2019 rund 70 Prozent des Verteidigungshaushalts verschlangen. Foto: © NurPhoto, Imago.

Resilienz von Bedeutung sind – eine Argumentation, die an die in Europa häufig geführten „Kanonen-statt-Butter“-Debatten angesichts der anhaltenden Völlinvasion in der Ukraine erinnert. Tatsächlich verstärkte der Rückzug der US-Unterstützung für die Ukraine Anfang 2025 die Skepsis der Opposition gegenüber dem, was sie als übermäßige Abhängigkeit von den USA in Fragen der nationalen Sicherheit betrachtete. „Hat die Ukraine nicht Entschlossenheit gezeigt? Und wurde sie nun nicht rücksichtslos im Stich gelassen?“, ¹³ fragte Kin Cyang, KMT-Abgeordneter und damaliger Co-Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten und Nationale Verteidigung.

Im August 2025 verabschiedete der Legislativ-Yuan eine Sonderregelung, die es der Exekutive erlaubt, einen Sonderhaushalt für Verteidigungsbeschaffungen als Reaktion auf Chinas militärische Aktivitäten rund um Taiwan aufzustellen. Die Beschaffung der erforderlichen Materialien sollte im Inland erfolgen, um der Wirtschaft des Landes angesichts des Zolldrucks durch Trump 2.0 einen zusätzlichen Impuls zu verleihen. Dennoch offenbaren die anfänglichen Versuche der informellen KMT-TPP-Koalition, Mittel für Verteidigungsprogramme zurückzuhalten, gravierende Schwächen in der sicherheitspolitischen Ausrichtung des Landes – bedingt durch parteipolitische Polarisierung und die zunehmende Instrumentalisierung von Sicherheits- und Verteidigungsausgaben.

Asymmetrische Verteidigung: Gemeinsame Ziele, unterschiedliche Visionen

Neben den Ausgaben ist ein weiterer wichtiger Verhandlungspunkt in den US-taiwanesischen Verteidigungsbeziehungen die Mittelverteilung auf einzelne Beschaffungsprojekte. Sowohl Taipeh als auch Washington sind rhetorisch der Ansicht, dass Taiwan eine asymmetrische Verteidigungsstrategie verfolgen sollte. Diese sogenannte „Stachelschwein“-Strategie setzt auf kleine, mobile und kosteneffiziente Waffensysteme, um die weitaus größere Volksbefreiungsarmee abzuschrecken. In der Praxis waren sich die beiden Seiten jedoch nicht immer einig darüber,

was asymmetrische Verteidigung konkret in Bezug auf Beschaffungsprioritäten bedeutet.

Die Vereinigten Staaten neigen dazu, ein optimales Arsenal für die asymmetrische Kriegsführung als eines zu definieren, das stark auf Schiffsabwehr- und Flugabwehrraketen, See- und Küstenverteidigungsfahrzeuge, Drohnen und Cyberfähigkeiten ausgerichtet ist – also Systeme, die einem Angreifer mit minimalen Kosten maximalen Schaden zufügen können.¹⁴ US-Beamte sind zunehmend frustriert, dass Taiwan stattdessen großzügig in traditionelle, kostspielige Rüstungsgüter investiert. So verschlang beispielsweise Taiwans Entscheidung aus dem Jahr 2019, neue F-16-Kampfflugzeuge zu kaufen, 70 Prozent des Verteidigungsbudgets jenes Jahres für ein einzelnes Beschaffungsvorhaben – ein Schritt, der in Washington angesichts des dringenderen Bedarfs Taiwans an überlebensfähigen Luftverteidigungssystemen und Lenkflugkörpern als ineffizient angesehen wurde.¹⁵ Zuletzt versuchte Taipeh, fortschrittliche Frühwarnflugzeuge vom Typ „E-2D Hawkeye“ und U-Boot-Jagd-Hubschrauber zu erwerben, doch die US-Seite lehnte die Anfrage ab, da sie nicht mit Taiwans Bedarf an asymmetrischen Fähigkeiten vereinbar sei.¹⁶ Diese Weigerung der USA, bestimmte High-End-Systeme zu verkaufen, spiegelt die Auffassung wider, dass Taiwan stärker in größere Mengen kleinerer Waffen investieren sollte, anstatt auf einige wenige teure Systeme zu setzen, die Chinas Volksbefreiungsarmee in einem konventionellen Konflikt frühzeitig zerstören könnte.

Washington legt den Schwerpunkt auf die Abwehr einer massiven Invasion oder eines Raketenangriffs.

Diese unterschiedliche Operationalisierung „asymmetrischer Fähigkeiten“ für Taiwan offenbart eine grundlegende Kluft zwischen

der Bedrohungswahrnehmung der USA und Taiwans. Washington legt den Schwerpunkt auf die Abwehr einer massiven Invasion oder eines Raketenangriffs und betrachtet asymmetrische Systeme als den wirksamsten Weg, einen schnellen Sieg zu verwehren. Taiwans Verteidigungsplaner erkennen zwar die Gefahr einer konventionellen kinetischen Auseinandersetzung an, insbesondere im Rahmen physischer Konfliktszenarien, setzen aber vorrangig auf die Fähigkeit, auf Angriffe im Grauzonenbereich zu reagieren, denen sie tagtäglich ausgesetzt sind. Dazu gehören ständige Verletzungen des Luftraums und der Hoheitsgewässer durch chinesische Streitkräfte sowie andere Erscheinungsformen von Druckausübung unterhalb der militärischen Eskalationsschwelle. Folglich befürchten viele in Taiwan, dass eine ausschließliche Abhängigkeit von asymmetrischen Mitteln (etwa Raketen ohne Luftstreitkräfte oder Mini-Raketenboote ohne größere Schiffe) die Fähigkeit des Staates beeinträchtigen könnte, auf solche Grauzonentaktiken angemessen zu reagieren oder die Kontrolle über seinen Luftraum und seine Seegebiete zu wahren.

Selbst überzeugte Befürworter der Asymmetrie in Taiwan räumen ein, dass ein Verzicht auf traditionelle Kampfflugzeuge und Kriegsschiffe den Verlust der „Grundkapazitäten“ bedeuten könnte, die für die Bewältigung einer Reihe von Notfällen erforderlich sind. Einerseits unterstreicht ihr Argument möglicherweise die Notwendigkeit für Taiwans Militär, einige moderne Kampfflugzeuge, Schiffe und Panzer zu behalten, um in Szenarien ohne vollständige Invasion zu gewährleisten, dass Taiwan gegenüber Peking handlungsfähig bleibt. Andererseits könnte diese Argumentation auf eine institutionelle Trägheit hindeuten: Generationen von taiwanesischen Offizieren wurden für den Einsatz traditioneller Waffensysteme ausgebildet, und eine plötzliche Umstellung auf unkonventionelle asymmetrische Konzepte schürt Befürchtungen innerhalb der Streitkräfte, den Anforderungen dieser neuen Strategien nicht gewachsen zu sein.¹⁷ Diese Faktoren erklären, warum Taiwan trotz der Befürwortung asymmetrischer Prinzipien auf dem Papier weiterhin eine Mischung aus symmetrischen Fähigkeiten (F-16Vs, heimische U-Boote,

fortschrittliche Raketen) kauft – ein Absicherungsansatz, der US-Berater manchmal frustriert. Die wichtigste Lehre für Taiwan ist hier, dass es möglicherweise die Modernisierung seines Militärs beschleunigen muss, um den Erwartungen der Trump-2.0-Administration gerecht zu werden. Während die oben genannten wirtschaftlichen Interessen weiterhin eine wichtige Rolle bei den Verteidigungsbeziehungen zwischen den USA und Taiwan spielen werden, ist Washington offensichtlich nicht nur an den ausgegebenen Dollars interessiert, sondern auch daran, wie diese ausgegeben werden. Die vierjährige Überprüfung der Verteidigungsstrategie (Quadrennial Defence Review) im Jahr 2025 sieht vor, dass die Anschaffung von Ausrüstung zur Stärkung asymmetrischer Fähigkeiten künftig Vorrang haben wird.¹⁸ Es bleibt jedoch abzuwarten, ob Taipeh in der Lage sein wird, sich mit der Trump-2.0-Administration hinsichtlich der Ausrichtung seiner Militärmodernisierung zu verständigen.

Verzögerte Waffenlieferungen: Die logistische Grenze des Vertrauens

Selbst wenn Taiwan sein Verteidigungsbudget aufstockt und neue Waffen bestellt, droht eine weniger diskutierte Einschränkung, seine militärische Einsatzbereitschaft zu untergraben: chronische Verzögerungen bei der Lieferung von US-Waffen. Im Juni 2025 belief sich der Wert der nicht gelieferten US-Waffenverkäufe an Taiwan auf rund 21,5 Milliarden US-Dollar – ein Rückstand, der sich hauptsächlich aus Geschäften ergab, die während Trumps erster Amtszeit genehmigt wurden.¹⁹ Sollten Washington und die US-amerikanische Rüstungsindustrie ihre anhaltenden Lieferprobleme nicht beheben können, liefe Taiwan Gefahr, China mit veralteter Ausrüstung – etwa Artillerie aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs – entgegenzutreten, da neue Ersatzsysteme noch nicht geliefert wurden.

Die Verzögerungen sind mit erheblichen strategischen Kosten verbunden, die sowohl finanziell als auch im Hinblick auf Taiwans internationale Reputation messbar sind. Zum einen behindern sie die Modernisierung der Streitkräfte, sodass trotz hoher Beschaffungskosten wichtige Lücken

in den Fähigkeiten bestehen bleiben. Zum anderen untergraben sie das politische Vertrauen und die Dynamik in Taiwans Verteidigungsinvestitionen. Die taiwanesischen Gesetzgeber sind zunehmend zurückhaltend bei der Bewilligung großer Budgets, wenn die bezahlten Waffen möglicherweise nicht rechtzeitig geliefert werden. Tatsächlich waren die verzögerten US-Waffenverkäufe auch ein wesentlicher Grund für die Haushaltssperre, die das Parlament Anfang 2025 verhängt hatte. Die Logik dahinter ist, die Mittel so lange treuhänderisch zu verwalten, bis Fortschritte bei den Lieferungen nachgewiesen werden können – ein klares Zeichen der Frustration über die Verzögerungen US-amerikanischer Lieferanten.

Trumps transaktionale Herangehensweise bei Sicherheitsfragen hat dazu geführt, dass er von Taipeh verlangt, für seinen Schutz zu „bezahlen“.

Das Ausbleiben der versprochenen Waffen untergräbt das Vertrauen der Steuerzahler in den Wert der Verteidigungshaushalte, was es für die Gesetzgeber schwieriger macht, solche Zuweisungen – und vor allem deren Aufstockung – gegenüber ihren Wählern zu rechtfertigen. Dies führt zu einem Teufelskreis: Verspätete Lieferungen verlangsamen den militärischen Aufrüstungsprozess Taiwans und die Enttäuschung wiederum führt dazu, dass das Parlament Anschaffungen noch kritischer prüft, bevor es sie genehmigt. Um diesen Kreis zu durchbrechen, sind gezielte Maßnahmen in Washington erforderlich. Eine Beschleunigung der Produktionslinien, die Priorisierung Taiwans in den Exportwarteschlangen oder sogar die Entnahme aus US-Lagerbeständen (wie es unter Biden teilweise mit Stinger-Raketen im Rahmen der Presidential Drawdown Authority²⁰ geschehen ist) könnten dazu beitragen, den Rückstand abzubauen. Wenn es der Trump-Regierung gelingt, den Rückstand während ihrer

zweiten Amtszeit sichtbar zu verringern, würde dies die kurzfristige Einsatzbereitschaft Taiwans stärken und auch der taiwanesischen Öffentlichkeit versichern, dass die USA ein verlässlicher Sicherheitspartner sind. Umgekehrt wären weitere Verzögerungen – sei es aufgrund bürokratischer Trägheit oder neuer Konflikte, die Lieferungen umleiten – ein schwerer Schlag für Taiwans Verteidigungsvorbereitungen – und das zum ungünstigsten Zeitpunkt.

Wirtschaftliche und nichttraditionelle Sicherheitsdimension der US-Taiwan-Beziehungen

Die Unsicherheit in den Beziehungen zwischen den USA und Taiwan geht über den Verteidigungsbereich hinaus. Trumps Angriff auf das globale Freihandelssystem – insbesondere die Einführung eines Zollsatzes von 20 Prozent auf Importe aus Taiwan, der höher ist als die 15 Prozent von Verbündeten wie Japan und Südkorea – belastet Taiwans Wirtschaft. Gleichzeitig hat Trumps transaktionale Herangehensweise bei Sicherheitsfragen dazu geführt, dass er von Taipeh verlangt, für seinen Schutz zu „bezahlen“. Diese „Quid-pro-quo-Dynamik“ birgt die Gefahr, neue Abhängigkeiten zu schaffen, die Taiwans Anfälligkeit in nichttraditionellen Sicherheitsbereichen wie der wirtschaftlichen Sicherheit und der Ernährungssicherheit verschärfen.

Der Silizium-Schild

Ein wesentlicher wirtschaftlicher Preis für die Aufrechterhaltung enger Sicherheitsbeziehungen zu den USA ist der starke Druck auf die führende taiwanesishe Hightech-Industrie, wichtige Produktionsstätten in die USA zu verlagern mit umfangreichen Investitionen. Trump hat Taiwan offen beschuldigt, die US-Halbleiterindustrie „gestohlen“ zu haben, und auf Zölle für taiwanesishe Chips gedrängt – Maßnahmen, die Berichten zufolge dazu beigetragen haben, dass der Halbleiterhersteller Taiwan Semiconductor Manufacturing Co. (TSMC) einen Investitionsplan in Höhe von 100 Milliarden US-Dollar für eine Chipfabrik in Arizona angekündigt hat.²¹ Tatsächlich hat TSMC nun rund 165 Milliarden

US-Dollar für neue Anlagen in Arizona zugesagt, obwohl das Unternehmen darauf besteht, dass der Großteil seiner fortschrittlichen Produktion in Taiwan verbleiben wird. Die Forderungen Washingtons gehen sogar noch weiter – US-Beamte schlugen eine „50:50“-Aufteilung der Chip-Produktion vor, was Taipeh jedoch als ausbeuterisch und als Untergrabung des gepriesenen Silizium-Schildes Taiwans ablehnte.²²

Taiwans Importabhängigkeit macht es sehr anfällig für Seeblockaden und Versorgungsunterbrechungen.

Dieser Druck hat zu Gegenreaktionen im Inland geführt. Oppositionspolitiker warnen davor, dass die Umleitung solch umfassender Ressourcen ins Ausland Taiwans technologische Basis aushöhlen könnte. Sowohl KMT- als auch TPP-Abgeordnete kritisierten den „50:50“-Vorschlag scharf, wobei die KMT-Abgeordnete Hsu Yu-chen ihn als „Akt der Ausbeutung und Plünderung“ bezeichnete.²³ Da wichtige Halbleiterressourcen von den USA kontrolliert werden, haben taiwanesishe Unternehmen nur begrenzte Möglichkeiten, sich gegen Druck von außen zu wehren, was sie dazu zwingt, ihre Abhängigkeit vom US-Markt zu verringern, um strategische Schwachstellen zu vermeiden. Kurz gesagt: Während Taiwan die Verteidigungszusammenarbeit mit Washington verstärkt, zahlt es einen wirtschaftlichen Preis – es opfert Teile seiner technologischen Vorrangstellung und sieht sich mit internen Streitigkeiten darüber konfrontiert, wie es die Sicherheitserfordernisse mit der Integrität seines Silizium-Schildes in Einklang bringen kann.

Energiesicherheit

Taiwan importiert rund 98 Prozent seines Treibstoffbedarfs und verfügt lediglich über geringe strategische Reserven – derzeit etwa Erdgasvorräte für nur zwölf Tage auf der Hauptinsel. Diese starke Importabhängigkeit hat zur Folge,

dass die Insel sehr anfällig für eine Seeblockade oder einen Versorgungsschock ist.²⁴ Simulationen zeigen immer wieder, dass in einer Krise, die dazu führen würde, dass Taiwan seine knappen Erdgasvorräte aufbraucht, die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft untergraben und die Kontinuität der exportabhängigen Fertigungswirtschaft gefährdet würde.²⁵ Dies verdeutlicht, dass die Energieversorgung in jedem Konflikt-szenario eine potenzielle Achillesferse darstellt. Diese Risiken sind nicht unbemerkt geblieben. Unter der vorherigen Regierung von Präsidentin Tsai Ing-wen startete Taipeh Bemühungen zur Aufstockung der Reserven und Diversifizierung der Lieferanten mit dem Ziel, die Speicherkapazitäten von Flüssigerdgas (LNG) bis 2030 auf mehr als 20 Tage Verbrauch auszuweiten. Anstatt Taiwan jedoch einfach dabei zu helfen, seine Widerstandsfähigkeit zu verbessern, hat die Trump-Regierung die Unsicherheit Taiwans genutzt, um die US-Energieexporte voranzutreiben.

Washington drängt Taipeh, die Importe von US-amerikanischem LNG deutlich zu steigern – insbesondere aus dem ehrgeizigen neuen Alaska-LNG-Projekt, für das sich Trump stark macht. Im März unterzeichnete die staatliche taiwanesishe CPC Corporation eine unverbindliche Absichtserklärung über den Kauf von jährlich sechs Millionen Tonnen LNG aus Alaska und Investitionen in die dazugehörige Infrastruktur.²⁶ Präsident Lai Ching-te hat diese Käufe als notwendig bezeichnet, um „die Energiesicherheit der Insel zu gewährleisten“, und sogar versprochen, die Energieimporte aus den USA „massiv zu steigern“, um Taiwans bilateralen Handelsüberschuss zu reduzieren. Diese wachsende Angewiesenheit auf US-LNG schafft jedoch eine neue Form der strategischen Abhängigkeit.²⁷ Sie bindet Taiwans Energieversorgung an eine einzige ausländische Quelle und ein kostspieliges Projekt, wodurch die Diversifizierung auf andere Lieferanten ausbleibt, während das Land weiterhin anfällig für Störungen der maritimen Versorgungswege ist. Trumps LNG-Diplomatie gegenüber Taiwan mag oberflächlich zur Stärkung der bilateralen Beziehungen beitragen. Tatsächlich jedoch vertieft sie





Um die sicherheitspolitischen Beziehungen zu den USA aufrechtzuerhalten, wächst der Druck auf Taiwans Hightech-Industrie. So sagte der Halbleiterhersteller TSMC Investitionen in Höhe von 165 Milliarden US-Dollar für Anlagen in Arizona zu. Foto: © Pond5 Images, Imago.

Taiwans strukturelle Abhängigkeit von importierten Energiequellen. Eine robuste energiepolitische Resilienz würde demgegenüber eine strategische Diversifikation der Bezugsquellen, substantielle Investitionen in erneuerbare Technologien sowie die gezielte Förderung nationaler Energiereserven erfordern.

Landwirtschaftliche Abkommen und Ernährungssicherheit

Aufgrund seiner geografischen Lage und Isolation muss Taiwan einen Großteil seiner Lebensmittel importieren, was eine weitere Schwachstelle im Falle einer Blockade darstellt. Nach den neuesten Daten des Landwirtschaftsministeriums ist die Selbstversorgungsquote des Landes bei Lebensmitteln, gemessen an Kalorien, im Jahr

2023 auf knapp 30 Prozent gesunken. Fast 40 Prozent der Getreide- und Ölsaaten stammen aus den USA. Folglich könnte selbst eine begrenzte Seeblockade durch China die Lebensmittelversorgung schnell zum Erliegen bringen, was zu Preisanstiegen und Engpässen bei Grundnahrungsmitteln führen würde.

Im September 2025 bereiste eine große taiwanische Delegation die USA, um die freundschaftlichen Beziehungen zu mehreren US-amerikanischen Agrarstaaten zu fördern, und unterzeichnete dabei eine Reihe von Beschaffungsvereinbarungen. Taiwanesische Unternehmen haben sich verpflichtet, in den kommenden vier Jahren US-amerikanische Agrarprodukte im Wert von zehn Milliarden US-Dollar zu kaufen – darunter Mais, Sojabohnen, Weizen und

Rindfleisch. Präsident Lai lobte diese Käufe als Maßnahme zur „Stärkung der Ernährungssicherheit Taiwans“, welche die Versorgung mit Futtermitteln für die taiwanesisch Viehwirtschaft verbesserten.²⁸ Zwar könnten solche Abkommen in Washington auf Wohlwollen stoßen und Handelsungleichgewichte abmildern, doch bergen sie das Risiko, Taiwans Abhängigkeit von externen Nahrungsquellen weiter zu vertiefen.

Chancen zur Stärkung der Beziehungen zwischen Taiwan und Europa

Da die Kosten und Schwachstellen einer übermäßigen US-Abhängigkeit immer deutlicher werden, sollten Taiwans Entscheidungsträger Diversifizierungsstrategien in Betracht ziehen – einschließlich einer Vertiefung der Beziehungen zu Europa – als wesentliche Instrumente zur Risikominderung und Stärkung der nationalen Widerstandsfähigkeit.

So wie Taiwan Risiken durch die Diversifizierung seiner Beziehungen abfedert, sollte auch Europa seine Zusammenarbeit mit Taiwan stärken, und zwar durch eine Strategie, die Taiwans Eigenständigkeit als gleichgesinnter, demokratischer Partner respektiert und nicht auf ständige transatlantische Rückendeckung angewiesen ist. Die folgenden konkreten Schritte könnten die Beziehungen zwischen Taiwan und Europa vertiefen:

- **Verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Dual-Use-Technologien:** Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten die gemeinsame Entwicklung von Dual-Use-Technologien (wie unbemannte Luftfahrzeuge) mit Taiwan vorantreiben, um die asymmetrischen Verteidigungsfähigkeiten zu stärken. Beispielsweise könnte die EU Taiwan in ihre Initiative Readiness 2030²⁹ einbeziehen, um gemeinsame Forschung und Entwicklung sowie die Beschaffung unbemannter Systeme zu ermöglichen. Dies würde Taiwan dabei helfen, die Produktion militärischer Drohnen auszuweiten, und gleichzeitig die Risiken für die europäischen Lieferketten verringern,

indem Taiwans „China-freie“ Technologiebasis genutzt wird.

- **Vertiefung der Zusammenarbeit im Bereich erneuerbarer Energien:** Europa sollte seine Partnerschaften mit Taiwan im Bereich erneuerbarer Energien ausbauen, um die Energiesicherheit beider Seiten zu stärken. Europäische Investitionen unterstützen bereits Taiwans Energiewende – das dänische Unternehmen Ørsted ist inzwischen der größte Beitragende zur Offshore-Windkapazität Taiwans und Projekte des schwedischen Unternehmens Baseload Capital werden Taiwans geothermische Leistung verdoppeln. Dies verringert die Abhängigkeit von importierten Brennstoffen und stärkt Taiwans Energieresilienz. Eine Ausweitung solcher gemeinsamer Initiativen in den Bereichen Offshore-Windenergie, Geothermie und anderer klimafreundlicher Energietechnologien würde dazu beitragen, Versorgungsschocks abzufedern und die Umsetzung gemeinsamer Klimaziele zu fördern.
- **Teilnahme an gemeinsamen Kapazitätsaufbauinitiativen:** Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten sich aktiv an Taiwans internationalen Trainingsprogrammen beteiligen, um pragmatische Austauschformate zu gemeinsamen Herausforderungen zu ermöglichen. Insbesondere könnte Europa seine Teilnahme an Workshops im Rahmen des Global Cooperation and Training Frameworks (GCTF) systematisieren – einer Plattform für internationalen Kapazitätsaufbau. Ein solches Engagement zu Themen wie öffentliche Gesundheit oder Resilienz von Lieferketten würde die Zusammenarbeit beider Seiten beim Schutz globaler öffentlicher Güter stärken und Taiwans Rolle als gleichberechtigter Partner bei der Lösung internationaler Probleme unterstreichen – trotz der Einschränkungen, die sich aus den jeweiligen Auslegungen der Ein-China-Politik einzelner Länder ergeben.

– übersetzt aus dem Englischen –

- 1 Janes, Jackson / Ziener, Markus 2025: The West at War with Itself, *Internationale Politik Quarterly*, 10.07.2025, in: <https://ogy.de/4xh6> [01.10.2025].
- 2 US Taiwan Business Council 2024: USTBC President Follow-up Comments Examining Data on Taiwan Arms Sales, 20.09.2024, in: <https://ogy.de/ff3l> [01.10.2025].
- 3 Der EPPD ist ein formeller jährlicher wirtschaftspolitischer Dialog zwischen den Vereinigten Staaten und Taiwan, um die bilateralen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu stärken. Geleitet wird er vom American Institute in Taiwan (AIT) auf US-Seite und dem Taipei Economic and Cultural Representative Office in the United States (TECRO) auf taiwanesischer Seite.
- 4 Hsiao, Russell 2024: Taiwan Policy under the Second Trump Administration, *Global Taiwan Brief* 9: 22, *Global Taiwan Institute*, 27.11.2024, in: <https://ogy.de/qyov> [01.10.2025].
- 5 Ruge, Majda 2025: J.D. Vance's foreign policy: When restraint meets culture war, *European Council on Foreign Relations*, 24.09.2025, in: <https://ogy.de/my8s> [01.10.2025].
- 6 Bloomberg Businessweek 2024: The Donald Trump Interview Transcript, Interview, *Bloomberg*, 16.07.2024, in: <https://ogy.de/zdem> [01.10.2025].
- 7 Iyengar, Rishi 2025: Taiwan's Message to Trump and the U.N.: 'We're Not a Freeloader', *Foreign Policy*, 19.09.2025, in: <https://ogy.de/xsdq> [01.10.2025].
- 8 Robertson, Noah / Nakashima, Ellen 2025: Trump nixed \$400 million in Taiwan military aid, pushing future arms sales, *The Washington Post*, 19.09.2025, in: <https://ogy.de/4vyr> [01.10.2025].
- 9 Lee, Yimou / Blanchard, Ben / Kao, Jeanny 2025: Taiwan to massively hike 2026 defence budget as US presses spending increase, *Reuters*, 21.08.2025, in: <https://ogy.de/rwme> [01.10.2025].
- 10 Lai, Yu-chen / Teng, Pei-ju 2025: Cabinet unveils 2026 central government spending plan, *Focus Taiwan*, 21.08.2025, in: <https://ogy.de/kwre> [01.10.2025].
- 11 Reuters 2025: Taiwan needs to hike defense spending to 10% of GDP-Pentagon nominee, 04.03.2025, in: <https://ogy.de/j276> [01.10.2025].
- 12 Shan, Shelley 2025: Low defense spending risks US support: ex-official, *The Taipei Times*, 18.08.2025, in: <https://ogy.de/hdt0> [01.10.2025].
- 13 Wang, Chien-Hao 2025: 批綠拿國防預算向美告洋狀 賴士葆噏: GDP 10%跟嗎? (Lai Shih-pao kritisierte die DPP dafür, dass sie den Verteidigungshaushalt nutze, um sich bei den USA zu beschweren, und entgegnete: „Gilt das überhaupt für ein BIP-Wachstum von 10%?“), *United Daily News*, 06.03.2025, in: <https://ogy.de/hwc9> [01.10.2025].
- 14 Kavanagh, Jennifer / Wertheim, Stephen 2025: The Taiwan Fixation. American Strategy Shouldn't Hinge on an Unwinnable War, *Foreign Affairs*, 25.02.2025, in: <https://ogy.de/ihjr> [01.10.2025].
- 15 Greer, Tanner 2019: Taiwan's Defense Strategy Doesn't Make Military Sense, *Foreign Affairs*, 17.09.2019, in: <https://ogy.de/3rgo> [01.10.2025].
- 16 Ming, Chu 2025: 美方拒售E-2D預警機 空軍改增購4套愛三及2套強弓防空飛彈系統 (Die USA lehnten den Verkauf von E-2D-Frühwarnflugzeugen ab; die Luftwaffe kaufte stattdessen vier A1-3 und zwei Strongbow-Luftverteidigungssysteme), *Up Media*, 07.08.2025, in: <https://ogy.de/isc4> [01.10.2025].
- 17 Grieco, Kelly A. / Slingbaum, Hunter 2025: Taiwan's Squandered Defensive Potential, *Stimson Center*, 11.09.2025, in: <https://ogy.de/l2cv> [01.10.2025].
- 18 Quadrennial Defense Review Editing Committee, Ministry of National Defense 2025: 2025 Quadrennial Defense Review, *Ministry of National Defense*, 03/2025, in: <https://ogy.de/0cbj> [01.10.2025].
- 19 Gomez, Eric: Taiwan Arms Sale Backlog, June 2025. Update: New MND Document Sheds Light on Arms Sale Status, *Taiwan Security Monitor*, *George Mason University*, in: <https://ogy.de/83dn> [01.10.2025].
- 20 Die Presidential Drawdown Authority (PDA) ermächtigt den Präsidenten, bei einem „unvorhergesehenen Notfall“ den sofortigen Transfer von Verteidigungsgütern aus US-Beständen bis zu einer gesetzlich festgelegten Obergrenze zu veranlassen.
- 21 Hou, Philip 2025: The Danger of a Trump Doctrine for Taiwan, *The Diplomat*, 18.04.2025, in: <https://ogy.de/cp2t> [01.10.2025].
- 22 Wu, Jui-chi / Lai, Yu-chen / Hsiao, Hsu-chen 2025: Taiwan won't agree to U.S. '50-50' chip idea, vice premier says, *Focus Taiwan*, 01.10.2025, in: <https://ogy.de/mhms> [01.10.2025].
- 23 Ebd.
- 24 Rickards, Jane 2025: Taiwan worsens its vulnerability to a Chinese energy blockade, *The Strategist*, 13.05.2025, in: <https://ogy.de/p8fm> [01.10.2025].
- 25 Montgomery, Mark et al. 2025: 10 Takeaways From Simulated Attacks on Taiwan's Energy Sector, *Foundation for Defense of Democracies*, 04.09.2025, in: <https://ogy.de/irbs> [01.10.2025].
- 26 Chung, Yu-chen / Chao, Yen-hsiang 2025: Taiwan close to record deal with Alaska for 6 million tons of LNG: Governor, *Focus Taiwan*, 04.08.2025, in: <https://ogy.de/3qiq> [01.10.2025].
- 27 Reuters 2025: Senior Taiwan official visits site of new Alaska LNG project, 07.06.2025, in: <https://ogy.de/5eds> [01.10.2025].
- 28 Office of the President, Republic of China (Taiwan) 2025: President Lai meets US Under Secretary for Trade and Foreign Agricultural Affairs Luke Lindberg, 30.09.2025, in: <https://ogy.de/fqrh> [01.10.2025].
- 29 Die Initiative Readiness 2030 zielt darauf ab, die Verteidigungsbereitschaft Europas bis 2030 durch gemeinsame Beschaffung, industrielle Zusammenarbeit und strategische Investitionen zu stärken.